

# **Reglement der Gemeinde Tentlingen**

## **über die Hundehaltung und die Hundesteuer**

Die Gemeindeversammlung von Tentlingen

gestützt auf das Gesetz vom 2. November 2006 über die Hundehaltung (HHG; SGF 725.3);  
gestützt auf das Reglement vom 11. März 2008 über die Hundehaltung (HHR; SGF 725.31);  
gestützt auf das Gesetz vom 25. September 1980 über die Gemeinden (GG; SGF 140.1);  
gestützt auf das Gesetz vom 10. Mai 1963 über die Gemeindesteuern (GStG; SGF 632.1),

*beschliesst:*

### **1. KAPITEL: Gegenstand**

#### **Art. 1** Zweck

Zweck dieses Reglements ist, auf dem Gemeindegebiet die öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ruhe sowie die Sauberkeit im öffentlichen Raum im Bereich der Hundehaltung zu gewährleisten und die Besteuerung der Hunde festzulegen.

### **2. KAPITEL: Pflichten von Halterinnen und Haltern**

#### **Art. 2** Pflichten von Halterinnen und Haltern

<sup>1</sup>Hundehalterinnen und Hundehalter ergreifen alle geeigneten Massnahmen, um zu verhindern, dass ihr Hund die öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ruhe stört oder den öffentlichen Raum verschmutzt.

<sup>2</sup>Sie teilen der Einwohnerkontrolle ihrer Gemeinde alle Änderungen mit, die die Registrierung ihres Hundes in der Datenbank ANIS betreffen.

### **3. KAPITEL: Hundekontrolle**

#### **Art. 3** Im Allgemeinen (Art. 35 und 36 HHG)

<sup>1</sup>Die Halterinnen und Halter erziehen ihren Hund so, dass der Schutz der Personen, der Tiere und der Sachen gewährleistet ist. Sie müssen ihren Hund jederzeit unter Kontrolle haben.

<sup>2</sup>Es ist insbesondere verboten, Passantinnen und Passanten mit einem Hund zu belästigen.

**Art. 4** Streunende Hunde (Art. 14 und 22 HHG)

<sup>1</sup>Als streunend gelten Hunde, die sich langfristig der Kontrolle ihrer Halterin oder ihres Halters entziehen.

<sup>2</sup> Es ist verboten, Hunde auf dem Gemeindegebiet streunen zu lassen.

<sup>3</sup>Erfährt der Gemeinderat von einem auf dem Gemeindegebiet streunenden Hund, so ergreift er Massnahmen, um die Halterin oder den Halter zu ermitteln. Gelingt ihm dies nicht, so meldet er den streunenden Hund dem Veterinäramt (hiernach: das Amt) oder notfalls der Polizei.

**Art. 5** Gefährliche Hunde

a) Vorbeugende Massnahmen (Art. 24 HHG)

<sup>1</sup>Erfährt der Gemeinderat von einem Hund mit aggressivem Verhalten, so ergreift er gegen die in seiner Gemeinde wohnhafte Halterin oder den in seiner Gemeinde wohnhaften Halter die erforderlichen vorbeugenden Massnahmen.

<sup>2</sup>Er kann namentlich:

- a) die Personen anhören, die Opfer des Verhaltens des Hundes geworden sind;
- b) die Halterinnen und Halter anhören und mit ihnen überprüfen, ob besondere Massnahmen getroffen werden müssen;
- c) die Halterin oder den Halter darüber in Kenntnis setzen, dass der Hund im Wiederholungsfalle dem Amt gemeldet wird;
- d) dem Amt unverzüglich Meldung erstatten, wenn das Verhalten des Hundes befürchten lässt, dass Menschen gefährdet sind.

**Art. 6** b) Meldung (Art. 25 HHG)

Der Gemeinderat meldet dem Amt jeden Hund, der:

- a) eine Person verletzt hat;
- b) ein Tier erheblich verletzt hat;
- c) Anzeichen eines überdurchschnittlichen Aggressionsverhaltens zeigt.

**Art. 7** Leinenzwang im Wald (Art. 49 HHR)

<sup>1</sup>Vom 1. April bis am 15. Juli müssen Hunde im Wald an der Leine geführt werden.

<sup>2</sup>Die Vorschriften für Naturschutzgebiete bleiben vorbehalten.

**Art. 8** Verschmutzung (Art. 37 HHG und 47 HHR)

<sup>1</sup>Die Person, die für einen Hund die Verantwortung trägt, sorgt dafür, dass dieser den öffentlichen Bereich und den privaten Bereich anderer nicht verschmutzt.

<sup>2</sup>Die Person, die für einen Hund die Verantwortung trägt, muss die Exkremente ihres Hundes entfernen und diese in den dafür vorgesehenen Anlagen der Gemeinde entsorgen.

**Art. 9** Einwirkung auf Kulturen, Nutztiere, Haustiere, Wild und Umwelt (Art. 38 HHG)

<sup>1</sup>Die Halterinnen und Halter sorgen dafür, dass ihr Hund landwirtschaftlichen Betrieben, Nutztieren, Haustieren sowie freilebenden Tieren und Pflanzen keinen Schaden zufügt.

<sup>2</sup>Die Gesetzgebung über die Jagd bleibt vorbehalten.

**4. KAPITEL: Gebühren**

**1. Abschnitt: Kommunale Hundesteuer**

**Art. 10** Grundsatz

<sup>1</sup>Die Gemeinde erhebt eine Hundesteuer, die von allen in der Gemeinde wohnhaften Hundehalterinnen und Hundehaltern (natürliche und juristische Personen) geschuldet ist.

<sup>2</sup>Für die Haltung von Hunden, die im Verlaufe des Jahres geboren oder erworben wurden, wird die ganze Jahressteuer erhoben.

<sup>3</sup>Die Steuer wird innert einer Frist von drei Monaten nach der Geburt oder dem Erwerb des Hundes in Rechnung gestellt.

<sup>4</sup>Die Datenbank ANIS dient als Steuerregister für die Erhebung der Steuer.

**Art. 11** Betrag der Steuer

<sup>1</sup>Die Steuer beträgt SFr. 40.-- pro Hund und Jahr.

<sup>2</sup>Die Steuer kann mit Beschluss der Gemeindeversammlung bis auf SFr. 100.-- pro Hund und Jahr erhöht werden.

**Art. 12** Steuerbefreiung (Art. 47 HHG et 55 HHR)

<sup>1</sup>Hilfs-, Armee-, Polizei- und Lawinenhunde sowie die Hunde der Wildhüter-Fischereiaufseher und die Hunde für die Nachsuche von verletzten oder toten Tieren sind von der Steuer befreit.

<sup>2</sup>Als Hilfhunde gelten Blindenhunde und Behindertenhunde, die in einem als gemeinnützig anerkannten Zentrum ausgebildet wurden und die zum Ziel die soziale und professionelle Integration der Hundehalterin oder des Hundehalters haben.

<sup>3</sup> Ebenfalls von der Steuer befreit sind die Hunde, die zur aktiven Rettung eingesetzt werden, wie Trümmersuchhunde, Lawinenhunde und Flächensuchhunde, sowie Hunde, die im Rahmen des Projekts zur Vorbeugung von Bissverletzungen eingesetzt werden.

## **2. Abschnitt: Besteuerung der Händlerinnen und Händler mit Patent**

### **Art. 13 Grundsatz**

Personen mit einem Hundehandelspatent entrichten einmal jährlich eine kommunale Steuer, unabhängig von der Anzahl Hunde, die sie halten.

### **Art. 14 Berechnung der Steuer**

<sup>1</sup>Die Steuer, die Hundehändlerinnen und -händler jährlich für das Hundehandelspatent entrichten müssen, setzt sich aus folgenden Elementen zusammen:

- a) einer Grundgebühr von SFr. 150.-- ;
- b) einer Umsatzgebühr von SFr. 10.-- für jeden umgesetzten Hund.

<sup>2</sup>Die Höhe der Umsatzgebühr wird aufgrund der Anzahl der Geschäfte, die im Gesuch um das Hundehandelspatent angegeben wurde, provisorisch festgelegt. Die definitive Festlegung der Höhe des Betrags kann auf der Grundlage der in der Datenbank ANIS gespeicherten Daten erfolgen.

## **5. KAPITEL: Strafrechtliche Massnahmen**

### **Art. 15 Grundsatz**

<sup>1</sup>Bei Verstössen gegen Artikel 4 Abs. 2 und Artikel 8 dieses Reglements spricht der Gemeinderat, je nach Schwere des Falls, eine Busse von SFr. 20.-- bis 1'000.-- durch Strafbefehl aus (Art. 86 GG).

<sup>2</sup>Der Verurteilte kann innert 30 Tagen nach Zustellung des Strafbefehls beim Gemeinderat schriftlich Einsprache erheben. Wird Einsprache erhoben, so werden die Akten dem Polizeirichter überwiesen.

### **Art. 16 Hinterziehung der kommunalen Hundesteuer**

<sup>1</sup>Jede Hinterziehung der in den Artikeln 10 und 13 dieses Reglements vorgesehenen Gemeindesteuer zieht, zusätzlich zur Steuer, eine durch den Gemeinderat durch Strafbefehl ausgesprochene Busse von SFr. 20.-- bis 1'000.-- nach sich (Art. 86 GG).

<sup>2</sup>Der Verurteilte kann innert 30 Tagen nach Zustellung des Strafbefehls beim Gemeinderat schriftlich Einsprache erheben. Wird Einsprache erhoben, so werden die Akten dem Polizeirichter überwiesen.

## **6. KAPITEL: Verzugszinsen und Rechtsmittel**

### **Art. 17 Verzugszinsen**

Nicht fristgerecht bezahlte Steuern und Bussen werden zum Satz verzinst, der für die kommunale Einkommens- und Vermögenssteuer anwendbar ist.

**Art. 18** Rechtsmittel  
a) Im Allgemeinen

<sup>1</sup>Beschwerden über die Anwendung dieses Reglements sind, unter Vorbehalt von Artikel 19 dieses Reglements, innert 30 Tagen nach Mitteilung des Entscheids an den Gemeinderat zu richten.

<sup>2</sup>Gegen den Entscheid des Gemeinderats kann innert 30 Tagen nach seiner Eröffnung beim Oberamt Beschwerde erhoben werden.

**Art. 19** b) Beanstandung der Steuerrechnung

<sup>1</sup>Die steuerpflichtige Person kann innert 30 Tagen nach Eröffnung der Veranlagung oder der Steuerrechnung beim Gemeinderat Einsprache erheben.

<sup>2</sup>Werden die Gemeindesteuern durch den kantonalen Finanzdienst bezogen, so sind die Rechtsmittel anwendbar, die für die entsprechenden Kantonssteuern gelten.

<sup>3</sup>Der Einspracheentscheid ist innert dreissig Tagen nach seiner Eröffnung durch Beschwerde an das Kantonsgericht anfechtbar.

**7. KAPITEL: Schlussbestimmungen**

**Art. 20** Inkrafttreten

Dieses Reglement tritt mit der Genehmigung durch die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft in Kraft.

Angenommen durch die Gemeindeversammlung am 4. Dezember 2009

Die Schreiberin

  
Marianne Jenny

Der Ammann

  
Vitus Vonlanthen

Genehmigt durch die Direktion der Institutionen, der Land- und Forstwirtschaft am 14 JAN. 2010

  
Der Staatsrat, Direktionsvorsteher